Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft Band III

Das Schicksal der Deutschen nach der "Befreiung" im Mai 1945

4 Jahre Sklavendasein + 71 Jahre Vasallenschaft

Band III/037

US-Vasallen, Teil 3

Der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland von 1990-2020

<u>Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 22. Februar 2018:</u> >>Wir wagen ein "historisch einzigartiges Experiment" - Schock-Geständnis in den "Tagesthemen"

Von Katja Wolters

Ein Harvard-Politikwissenschaftler plaudert in der ARD über die stattfindende Volkszersetzung.

Tagesthemen am Dienstagabend. Nach einem Schauderbericht über das Vorbeiziehen der AfD an den Sozialdemokraten, befragt Caren Miosga den in Deutschland geborenen Harvard-Politikwissenschaftler Yascha Mounk zur Lage der Demokratie in Deutschland.

Warum ist das "Grundvertrauen in die etablierte Politik so zurückgegangen", fragt Miosga. Die schockierend ehrliche Antwort: Weil "wir ein historisch einzigartiges Experiment wagen, und zwar eine monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. Das kann klappen, das wird, glaube ich, auch klappen, aber dabei kommt es natürlich auch zu vielen Verwerfungen."

Wow! Mounk, der für Globalistenmedien, wie Foreign Affairs, Financial Times und Die ZEIT schreibt, gesteht, daß mit Europas Völkern gerade unter der Tarnmaske der Flüchtlingskrise tabula rasa gemacht wird.

"Einzigartig, unfaßbar frech, anmaßend", kommentiert Martin Sellner das Gehörte (siehe Video oben). "Wer ist Teil dieses wirs", fragt Österreichs IB-Chef, also Teil derer, die dieses "einzigartige Experiment" wagen? Das ist "die kosmopolitische Medien- und Finanzelite, die Asylindustrie".

Mittels einer "globalen Transaktionsstrategie" von Ressourcen aus Überschußgebieten in Regionen des Mangels solle die Globalisierung über die kommenden Jahrzehnte abgesichert ... werden. ... Komplettiert wird die globale Umverteilung vom "Strom der Völker" aus der "Kluft" hinein in den "alten Kern". Schon 2004 forderte Barnett, bis 2050 sollte Europa jährlich 1,5 Millionen Zuwanderer aufnehmen.

Barnett ... bezieht sich auf einen im März 2000 erschienenen Bericht der UNO-Abteilung für Bevölkerungsfragen. Um etwa in Europa den Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter zu erhalten, warnte die Weltorganisation, müßten "jeglichen vernünftigen Erwartungen widersprechende Einwanderungszahlen erreicht werden". In der deutschsprachigen Fassung des UNO-Berichts ist daher die Rede von einer "Bestandserhaltungsmigration". Die richtige Übersetzung des englischen Originalbegriffs, "replacement migration", ist hingegen Nachfolge- oder Austauschmigration.

Sellner: "Niemals vergessen. In diesem Experiment sind wir die Laborratten und die "Verwerfungen" erleben wir täglich auf unseren Straßen. Wehrt euch gegen den Großen Austausch!" Katja Wolters ist bekennende Lipstick-Feministin, selbstbewußt und betont weiblich zugleich. Die zweifache Mutter und freie Journalistin lebte lange in England. Die Abwesenheit schärfte ihren Blick auf die Heimat. Denkverbote kennt sie nicht, Probleme nennt sie sofort beim Namen. Dafür lieben wir sie.<<

<u>Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. Juni 2018:</u> >>**Mit Deutschland weiß er nichts anzufangen**

Eigentlich sind die Studienabbrecherinnen Claudia Roth und Katrin Göring-Eckardt die zuständigen grünen Fachkräfte, um den massenmedial kommunizierten Schwachsinn zu generieren, mit dem die "Partei der Humanitären" (Anton Hofreiter) sich in peinlicher Regelmäßigkeit zu blamieren pflegt. Und nicht etwa der seit Januar 2018 als Bundesvorsitzender amtierende, in der Lückenpresse notorisch "Philosoph" genannte promovierte Literaturwissenschaftler Robert Habeck. Insofern könnte es sich bei dessen jüngster Burleske ("Es gibt kein Volk") vielleicht nur um ein versehentliches Abgleiten ins bildungsferne grüne Durchschnittsniveau gehandelt haben.

Aber dem ist nicht so. Denn auch Habeck ist ein fundamentalistischer Antideutscher. Nur ist er weder so blöd wie Claudia Roth, um hinter der Antifa-Parole "Deutschland, du mieses Stück Scheiße" herzurennen, noch so tumb wie Hofreiter, um ein "quasireligiöses" Gutmenschentum zu zelebrieren, von dem er sich denn auch im Interview mit dem Zeit-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo fast höhnisch distanziert.

"Gebrochenheit" mimender Punker im Ministersessel

Nicht von ungefähr wird dem erst Ende August als Umweltminister und stellvertretender schleswig-holsteinischer Ministerpräsident aus dem Kieler "Jamaika-Kabinett" scheidenden Grünen-Chef ein beträchtliches schauspielerisches Talent nachgesagt, das dem Motto "Moderat in der Form, hart in der Sache" gehorcht.

"Der Robert" inszeniert seine Person deshalb sensibel abgestimmt auf das jeweilige Publikum. Mit dem Pfund des bürgerlich-konservativen Elternhauses wuchert der im von Besserverdienern bevorzugten Kieler Stadtteil Heikendorf aufgewachsene Apothekersohn und vierfache Vater gern vor traditioneller CDU-Mittelstandsklientel sowie vor den Landwirten, Fischern, Jägern, Windkraftgegnern des "echten Nordens".

Vor der eigenen Gefolgschaft schlüpft der brennend ehrgeizige Machtmensch hingegen in die Rolle des lässigen, Nonkonformismus simulierenden und "Gebrochenheit" mimenden Punkers im Ministersessel. Ungekämmt, Dreitagebart, Jeans, offenes Hemd, anbiedernd-infantiler Jargon, nervtötend häufig "Coolness" beschwörend und mit der "Muffe" vor dem politischen Scheitern kokettierend.

Wer verstehen will, wie dieser penetrant auf sein "Lebensgefühl" pochende Westdeutsche des Jahrgangs 1969 denkt, sollte einen Blick in seine akademischen Qualifikationsschriften werfen, in die Hamburger Magisterarbeit, eine stilkritische Untersuchung zu "Casimir Ulrich Boehlendorffs Gedichten" (1997), sowie in die Dissertation "Zur gattungstheoretischen Begründung literarischer Ästhetizität" (2001). Der Zugriff auf den gänzlich vergessenen kurländischen Schriftsteller Boehlendorff (1775-1825) zeugt zwar von originell-sympathischem Spürsinn. Aber bereits dieses Debüt legt die krassen intellektuellen Defizite des Wissenschaftlers frei, die sich in der verstörenden Wirklichkeitsferne des Politikers bis heute chronisch fortschleppen.

Aufreizend ahistorisch

Gehörte Boehlendorff doch dem "Bund freier Männer" an, einem Kreis von Studenten, die sich 1793 um den frisch nach Jena berufenen Philosophen Johann Gottlieb Fichte scharten. Lehrer und Schüler einte die Sympathie für die Ideale der Französischen Revolution. Von diesem konkreten historischen Kontext seiner Poesie finden sich indes in Habecks formalisti-

schen Exegesen kaum Andeutungen.

Obwohl dessen die Utopie der goldenen Zeit, die Wiederherstellung vergangener, glücklicherer Daseinsverhältnisse evozierende Texte ohne ihren Zusammenhang mit der Frühgeschichte der politischen Romantik und der Vorgeschichte des nicht weniger politisch ambitionierten deutschen Idealismus schwerlich zu begreifen sind.

Ebenso aufreizend ahistorisch und wahrhaft "utopisch", ort- und zeitlos, kommt die Doktorarbeit daher. Enigmatisch sich im fachchinesischen Bombast verpuppend (Kostprobe: "die Ikonizität der visuellen Medien ist formal als die Analogizität von Räumen unter Zuhilfenahme des Zeitfaktors semiotisch analysierbar"), dockt Habeck hier blauäugig an den während der 1990er in voller Rezeptionsblüte stehenden "französischen Blödsinn" (Camille Paglia) des Poststrukturalismus unheilbar neurotischer Kinder der Pariser Bourgeoisie, den Lacan, Foucault & Co. an. Deren zutiefst gegenaufklärerische Ideologie schrieb sich die Zerstörung aller Identität garantierenden gesellschaftlichen Strukturen, Wissensordnungen, kulturellen Formationen aufs Panier.

Solche "Machtformen", an erster Stelle Volk, Nation, Staat, galt es durch "subversive Praktiken" zu atomisieren. Nachdem das Proletariat, weil zu "sozialdemokratisiert", als Rammbock gegen die "Bio-Macht alter weißer Männer", gegen Patriarchat, Phallokratie, Logozentrismus, ausgefallen war, sollen an seine Stelle Frauen, Schwule, "Diverse" aller Schattierungen treten, denen sich aktuell das neue "Salz dieser Erde", die in die Metropolen des globalen Nordens eingesickerten "Migranten" als Alliierte empfehlen.

"Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen"

Derart konditioniert, war es für Habeck, der 2002 beschloß, Politiker zu werden, um bereits 2004 den Landesvorsitz in Schleswig-Holstein zu kapern, ein kurzer Weg zur Kernaussage seines von Bertelsmann verlegten "Plädoyers für einen linken Patriotismus" (2010): "Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wußte mit Deutschland nichts anzufangen und weiß es bis heute nicht." Erquickend diese Offenheit, mit der Doktor Habeck signalisierte, daß weltanschaulich kein Blatt paßt zwischen ihn, der gleichfalls "radikale Ziele" verfolgen und humanitäre "Visionen" im Menschenversuch des "Sozialexperiments" (Yascha Mounk) der Umvolkung verwirklichen will, und die im zweiten Semester Theaterwissenschaften gescheiterte Claudia Roth.

In den "Gesprächen über den Staat" (München 2017), die der Kieler Landtagsdirektor Utz Schliesky unter anderem mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle und eben mit seinem Minister für Energiewende und Umwelt führte, bekräftigt Habeck, daß ein "nationales Deutschland völlig uncool daherkommt" und linker Patriotismus kein "umgrenztes Territorium" und erst recht kein "homogenes Staatsvolk" benötige, das es ja ohnehin "so eigentlich nie gegeben hat". Ausgenommen, wie der historisch unmusikalische Poststrukturalist in einem ulkigen Rückfall ins "ethnische", "naturalisierende" Denken behauptet, die Deutschen, "deren Geschichte über weite Strecken eine der Barbarei war".

Torheiten solchen Zuschnitts streut Habeck freigiebig auf vierzig Seiten des Interviews aus. Antwortet Voßkuhle auf Schlieskys Frage, was ihn motiviere, "seinem Vaterlande zu dienen" (Friedrich der Große), immerhin noch mit "protestantischer Ethik" und ringt sich sogar zur Überzeugung durch, die freiheitlich-demokratische Verfassungsordnung lasse sich "in einem Nationalstaat am besten realisieren", will Habeck einen "rationalen Gesellschaftsvertrag" mit allen Menschen schließen, die sich zufällig in der "Gebietskörperschaft Deutschland" aufhalten. "Die Fremde oder die Entfremdung ist meine Heimat". Also ätzt er, der Satz Friedrichs des Großen zur Bürgerpflicht des Dienstes am Vaterland, "bedeutet mir gar nichts". Sein "Wertekompaß" sei auf "meine Familie" geeicht, "Werte" findet er überhaupt ausschließlich im "engsten privaten Raum".

Nächstes Ziel: Weltdemokratie

Als derart sich von allen ethnisch-kulturellen Wurzeln abschneidendes Elementarteilchen ent-

spricht der grüne Barbar, für den "Europa" sich nicht auf Platon, Shakespeare und Goethe, sondern auf "Interrail-Zugreise" ("heiße Nächte auf griechischen Bahnhöfen") reimt, neoliberalen Erwartungen an die Gattungsteilnehmer der posthumanen Marktgesellschaft schon verblüffend gut.

Kein Wunder, daß er wie die Kapitäne des sich philanthropisch gerierenden Finanzkapitalismus eine "Weltdemokratie" anpeilt ("Wäre das schlimm? Eher nicht, oder?"). 2035, so seine "große Erzählung", "werden wir Verantwortung an Europa delegiert haben".

Nationale seien durch europäische Wahlen ersetzt, ein "gewähltes europäisches Kabinett" regiere "die Menschen" im multikulturell-bunten Superstaat, die Nato sei als Institution in die UN überführt worden. Und wunderbarerweise "schreiben" die dann Herrschenden "humanitäre Werte und Ideale der Aufklärung fort", denen auch die inzwischen per "Umsiedlung" wohl auf mindestens 50 Millionen aufgestockte Muselmanen- und Schwarzafrikaner-Minoritäten begeistert huldigen. Die Alternative dazu, mit der Habeck droht, lautet "Renationalisierung und Krieg".

Neben "Bruder Hitler" (Thomas Mann) ist bekanntlich Angela Merkel die zweite "große Katastrophengestalt der deutschen Geschichte" (Rolf Peter Sieferle). Ob der selbsternannte grüne "Visionär" als Bruder Habeck einst in diese Liga aufsteigen wird, haben die Wähler in der Hand. Über die dafür unabdingbare Voraussetzung, "Primitivität als Weltanschauung" (Thomas Mann), verfügt er jedenfalls heute schon.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juli 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 18 (x322/3): >>Volksaustausch? Regierungstausch!

von Jürgen Elsässer

Der Volksaustausch ist kein Hirngespinst, sondern Realität. Im Jahr 2015 ließen sich zwei Millionen Ausländer in Deutschland nieder (darunter knapp 900.000 Asylsuchende), während eine Million Inländer wegzogen. Zwei Millionen rein, eine Million raus - das nennt man Austausch. Keiner hat diejenigen, "die schon länger hier leben" - so Angela Merkel über unser Volk - gefragt, ob sie ausgetauscht werden wollen. Die Demokratie ist in dieser Überlebensfrage suspendiert. ...

Selbst wenn morgen die Grenzen, die Merkel unter Bruch von Grundgesetz und Asylrecht im September 2015 geöffnet hat, wieder geschlossen würden, stünde das deutsche Volk vor einer existentiellen Bedrohung. Die entscheidenden Schlachten werden in den Kreißsälen geschlagen. ...

Die Demographiebombe explodiert in den Klassenzimmern: Dort sehen sich unsere Kinder in immer mehr Städten einer Übermacht an Orientalen gegenüber, die wie die neuen Herrenmenschen auftreten: Unsere Jungs müssen unterwürfig, unsere Mädchen willfährig sein. Und die Lehrer schauen weg.

Das Schicksal der nordamerikanischen Indianer sei uns eine Mahnung. Sie begrüßten die in England verfolgten Pietisten am Anfang mit offenen Armen. Doch den frommen Kolonisten folgten bald Bewaffnete. Hätten die Rothäute statt naiver Willkommenskultur mehr Selbstschutz praktiziert, hätten sie vermutlich überlebt.

Der Fisch stinkt vom Kopf her. Nun heißt es entweder - oder: Wenn die Regierung das Volk austauscht, muß das Volk die Regierung austauschen. Jeder Kompromiß, jede Verzögerung hat irreparable Folgen. Oder wollen wir die letzten Mohikaner werden?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 24. September 2018: >>Volksaustausch: Schäuble glaubt nicht, "daß wir die Großzahl dieser Menschen zurückführen können"

Mit der Wahrheit lügen ... Wolfgang Schäuble erklärt den Volksaustausch zur Naturgewalt, an der man nichts ändern könne. In einem Zeitungsinterview sagte er gestern wörtlich: "Wir sollten auch klarmachen, wie schwer es ist, im Einzelfall abzuschieben. Deswegen sollten wir auch nicht allzu stark die Hoffnung schüren, daß wir die Großzahl dieser Menschen zurück-

führen können. Eher sollten wir alle Kraft dafür aufbringen, sie in unsere Gesellschaft zu integrieren."

Schäuble will uns verhöhnen. Es gibt eine halbe Million Illegale hier, die ausreisepflichtig sind. Die Schwierigkeit, sie abzuschieben, ist keine objektive - sondern Ihr, die Politiker, bildet diese Schwierigkeit. Die ganzen echten und falschen Syrer, und das können gut und gerne eine Million sein - Assad würde sie mit Kußhand zurücknehmen, da weite Teile des Landes längst befriedet sind! Aber Ihr wollt sie ja unbedingt hierbehalten ... Noch dreister: Selbst Gefährder, die schon abgeschoben wurden, holt Ihr wieder zurück - siehe der Leibwächter von Bin Laden ...

Was Schäuble und Co. als Sachzwang verniedlichen, ist der von ihnen geplante Volksaustausch. Dazu schrieb ich im gleichnamigen Sonderheft von COMPACT: "Das Schicksal der nordamerikanischen Indianer sei uns eine Mahnung. Sie begrüßten die in England verfolgten Pietisten am Anfang mit offenen Armen. Doch den frommen Kolonisten folgten bald Bewaffnete. Hätten die Rothäute statt naiver Willkommenskultur mehr Selbstschutz praktiziert, hätten sie vermutlich überlebt. - Der Fisch stinkt vom Kopf her. Nun heißt es entweder - oder: Wenn die Regierung das Volk austauscht, muß das Volk die Regierung austauschen. Jeder Kompromiß, jede Verzögerung hat irreparable Folgen. Oder wollen wir die letzten Mohikaner werden?"

COMPACT-Spezial Nr. 18 "Volksaustausch - Geburtenabsturz und Überfremdung" nennt die Verbrechen und die Verbrecher - und zeigt Wege aus der Gefahr. ...<

<u>Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 2. Oktober 2018:</u> >>**Umvolkung**

"Die Umvolkung hat längst begonnen", twitterte die CDU-Bundestagsabgeordnete Bettina Kudla am 24. September 2016. Das war zu viel der Wahrheit: Die Verwendung dieses Begriffes kostete sie die erneute Nominierung.

Umvolkung bezeichnet ein Regierungshandeln, das eine grundlegende Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung eines bestimmten Gebietes bewirkt. Daß die Politik der offenen Grenzen, die seit 2015 nahezu 2 Millionen Menschen, zumeist junge, männliche Muslime, nach Deutschland geholt hat, die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung grundlegend verändert, weiß jeder, der einmal durch die Fußgängerzone einer beliebigen deutschen Groß- oder Mittelstadt schlendert.

Aber, so lautet der Einwand, diese Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung ist ja nicht das Ziel von Merkels Politik, sondern nur ein Kollateralschaden. Merkel gehe es in Wahrheit um Moral und Menschlichkeit. Und das dürfe man doch nicht mit diesem bösen Wort bezeichnen.

Merkel geht es worum, bitte? Der Glaube vieler Deutscher an die edlen Motive einer Regierung, die das Land objektiv ruiniert, weckt bei mir abwechselnd Heiterkeit und Fassungslosigkeit.

Schon der große Staatsphilosoph Carl Schmitt wußte es genau: "Wer von Menschheit spricht, der will betrügen."

Umvolkung klingt hart, unschön, unangenehm. Umvolkung klingt wie Messerattacken, Vergewaltigungen und Islamisierung. "Es klingt wie" staatliches Verständnis für Gewalttäter und politische Diskriminierung des dagegen gerichteten Protests. Umvolkung klingt also wie die Realität in Merkels Deutschland. Genau deshalb soll der Begriff tabuisiert werden. Weil er die Wahrheit ausdrückt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 19 (x344/78-79): >> Die Richterin und ihre Henker

_ von Josephine Barthel

Kirsten Heisig war ein Störfaktor für das Polit-Establishment - und mögliche Spitzenkandidatin einer neuen Protestpartei. Mußte sie deswegen sterben?

Geduld scheint eine Eigenschaft zu sein, die in Deutschland besonders ausgeprägt ist. In

kaum einem anderen Land der Welt ist die politische Leidensfähigkeit so hoch wie zwischen Oder und Rhein. Statt konkreter Maßnahmen, die für die Regelung der Zustände in unmittelbarer Umgebung sorgen, philosophieren bundesdeutsche Gutmenschen lieber über globale Gesellschaftsentwürfe oder das Zusammenleben von Menschen in anderen Breitengraden - während es im eigenen Stadtteil bereits lichterloh brennt.

Insofern war bereits der Titel eines Buches eine Kampfansage gegen die allumfassende Lethargie, die für alle Befürworter des Status quo lebenswichtig ist: Das Ende der Geduld. Was die Berliner Amtsrichterin Kirsten Heisig in dieser Streitschrift präsentierte, dürfte vielen Gesellschaftsgruppen nicht gefallen haben. Weder der Einwanderungslobby des Großkapitals, das billige Fachkräfte rekrutieren möchte, noch den etablierten Parteien, die über Jahrzehnte eine völlig reflexionslose Asylpolitik betrieben haben. Und schließlich sind die Wahrheiten Kirsten Heisigs auch für manche Migranten-Communities und die angeschlossenen Sozialstaatsapparate wenig erfreulich gewesen.

Tod im Tegeler Forst

Daß die Autorin des brisanten Buches den Erscheinungstag nicht mehr erleben durfte, wunderte die veröffentlichte Meinung in Deutschland kaum. Heisig verschwand am selben Tag, an dem sie die letzten Korrekturen an das Lektorat geschickt hatte. Für Polizei und Presse stand gleich fest, daß die lebenslustige Mutter zweier Kinder Selbstmord begangen haben soll. Man stellte sich nicht die Frage, unter welchem Gefahrenpotential Menschen leben, die solch unbequeme Wahrheiten aussprechen. Eine SMS an die Kinder, die auf psychische Probleme hingedeutet habe, soll Beweis für die Selbstmordthese sein.

Daß Kirsten Heisig noch am Tage ihres Verschwindens einen Talkshowtermin bei Stern TV zugesagt und danach einen Urlaub mit ihren Kindern gebucht hatte, ist nur eines der mehr als sonderbaren Indizien, die besonders im Internet für kontroverse Diskussionen sorgen sollten. Die sogenannte seriöse Presse hielt sich an das, was viele als inoffizielle Sprachregelung empfanden - jedenfalls in Deutschland.

"Verdacht eines vertuschten Mordes" Neue Zürcher Zeitung

Anders in der Schweiz. Das wichtigste Blatt der Alpenrepublik, die Neue Zürcher Zeitung, notierte am 15. September 2010 verwundert: "Von Oberstaatsanwalt Andreas Brehm hätten wir ... gern Näheres über Kirsten Heisigs Selbstmord im Tegeler Forst erfahren, dessen Umstände so fragwürdig sind, daß sich der Verdacht eines vertuschten Mordes nicht aus der Öffentlichkeit entfernen läßt."

Auf die Frage, ob die nichtöffentlichen Ermittlungsakten auf Antrag einsehbar wären, habe Brehm mit den Worten geantwortet: "In diesem Fall gewiß nicht."

Hierzulande beschäftigte sich ausschließlich das Netzforum Kopp Online umfassend mit dem mysteriösen Tod der Richterin. Der Investigativjournalist Gerhard Wisnewski stellte in einer acht Folgen umfassenden Beitragsreihe zahlreiche Fragen, die bis heute nicht ausreichend beantwortet wurden.

Von Anfang an, so Wisnewski, habe die Polizei nach außen hin einseitig ermittelt. Bereits am 2. Juli, also kurz nach dem Verschwinden Heisigs, habe man apodiktisch verkündet: "Eine Entführung, überhaupt eine Straftat, schließt die Polizei aus." Es sei, so der Autor, nicht mitgeteilt worden, wo und wie die Frau genau gefunden worden oder wie sie tatsächlich zu Tode gekommen sei. Auch warum bei heißem Wetter und daraus folgender schneller Verwesung einer Leiche diese in einem stark frequentierten Waldstück nicht schneller gefunden wurde, bleibt offen. Die schon bald eingesetzten Suchhunde jedenfalls hätten den Verwesungsgeruch bemerken müssen.

In der Kriminalistik wird bereits jedem Erstsemester eingepaukt, daß man bei einer Straftat immer nach dem Motiv zu fragen habe. Für die Selbstmordthese spricht laut überzeugender Aussagen von Weggefährten Heisigs nichts. Für Mord dagegen viel. Man darf davon ausgehen, daß Heisig nach der Veröffentlichung des Buches, ähnlich wie später Thilo Sarrazin,

zum Medienstar geworden wäre. Nicht umsonst nannte man sie in Anlehnung an den Hamburger Ex-Senator und Richterkollegen Ronald Schill "Richterin Gnadenlos".

Während Schill zum kurz aufflackernden politischen Ecce-Homo (klassische Aussprache) wurde, die Politikszene aufmischte und dann plötzlich und unerwartet abstürzte, fand Kirsten Heisig noch vor dem medialen Durchbruch den Tod. Doch wenn Schill als manchmal allzu schneidiger Hardliner Wahlergebnisse von über 20 Prozent in Hamburg erzielen konnte - welche Resultate hätte da erst eine grundsolide und sympathische Frau wie Kirsten Heisig erzielen können?

Politisches Potential

Diese Frage ist keineswegs abstrakt. Nach Berichten von Weggefährten des damaligen Berliner CDU-Dissidenten René Stadtkewitz war Heisig im Sommer 2010 an Gesprächen über eine Parteibildung beteiligt und sogar als Spitzenkandidatin im Gespräch. Als untadelige Richterin mit der Fähigkeit, tabuisierte Probleme anzusprechen und konkrete Lösungen aufzuzeigen, hätte sie bei den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin im Herbst 2011 eingeschlagen wie eine Bombe.

Nicht auszuschließen ist, daß sie mit ihrem sachbezogenen Ansatz, der nicht gegen den Islam, sondern gegen das kriminelle Potential genau definierbarer Ausländergruppen zielte, Brücken hätte bauen können zur Mehrheit der vernünftigen Moslems. In Neukölln und Wedding sind es nämlich oft genug die fleißigen Türken der ersten Einwanderergeneration, die unter der Gewalt und Asozialität der später Zugezogenen, vor allem krimineller arabischer Gangs, zu leiden haben. Daß sie den jugendlichen Delinquenten nicht nur mit der Strenge des Gesetzes kam, sondern ihnen bisweilen auch als Frau und Mutter ihr Herz öffnete, muß allen verhaßt gewesen sein, die den "Kampf der Kulturen" von der einen wie von der anderen Seite befeuern wollen.

Heisig wäre nach der Veröffentlichung des Buches zum Medienstar geworden.

Wer profitierte von Kirsten Heisigs Tod - und wer mußte die lebendige Kirsten Heisig fürchten? Diese Fragen zu stellen, hat nichts mit einer sogenannten Verschwörungstheorie zu tun - ein Begriff, der immer gern benutzt wird, um sich einer Diskussion zu entziehen. Unliebsame Annahmen werden rasch und wirkungsvoll zu einer solchen Theorie gestempelt, damit man sich nicht mit ihnen beschäftigen muß.

Von den Deutschen wird gesagt, sie lebten in historischen Pendelschlägen. Nach Zeiten der absoluten Ruhe und Agonie kamen oft übersteigerte Gegenbewegungen. Man hat bei der Lektüre von Das Ende der Geduld den Eindruck: Kirsten Heisig war es ein Anliegen, daß es bald zu konstruktivem Handeln kommt. Bevor die Probleme unüberschaubar werden - und damit auch die Reaktionen.

_ Josephine Barthel hat in München und Köln Vor- und Frühgeschichte sowie Mediävistik und Rechtswissenschaften studiert. Sie lebt heute als freie Autorin in Limoges.<<

<u>Die schweizerische Tageszeitung "Basler Zeitung" berichtete am 17. November 2018:</u> >>**Denk ich an Deutschland in der Nacht**

Der Rechtsstaat in Deutschland droht zu verrotten. Wenn sich nichts ändert, wird es zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen kommen.

Das dichtete Heinrich Heine im Jahre 1844 in seinem Pariser Exil, als in Deutschland Kleinstaaterei und Reaktion herrschten. "Der Rechtsstaat verrottet, wenn nicht klar Schiff gemacht wird", das "deutsche und europäische Recht wurde über Jahre nicht wirklich umgesetzt", und schließlich: "Ich hätte nie gedacht, daß die Angst vor mir und der Wahrheit ausreichend sind, um eine Regierungskrise in Deutschland auszulösen."

Der letzte Satz stammt aus der in der BaZ abgedruckten Rede des ehemaligen obersten Verfassungsschützers Deutschlands. Seine unwiderlegte Aussage, daß es in Chemnitz zu keinen "Hetzjagden" gekommen sei, kostete Hans-Georg Maaßen das Amt, diese Rede seine Weiterbeschäftigung.

Die Merkel-Dämmerung

Der erste Satz stammt nicht etwa von einem Berserker aus der AfD, sondern vom ehemaligen Vorsitzenden der Grünen, Cem Özdemir. Und wer davor warnt, daß das "Vertrauen in unsere Rechtsordnung erschüttert wird", weil sie nicht durchgesetzt wird, ist niemand Geringeres als das CSU-Mitglied Hans-Jürgen Papier, bis zu seinem Ruhestand im Jahre 2010 Präsident des Deutschen Verfassungsgerichts.

Merkel-Dämmerung, zweistellige Verluste der Regierungsparteien in Bundestagswahlen, der Einzug der AfD in sämtliche Länderparlamente Deutschlands. Das sind nur Oberflächenprobleme. Denn der Rechtsstaat in Deutschland verrottet tatsächlich. Das äußert sich auch darin, daß es in Deutschland, wie in anderen europäischen Ländern auch, Quartiere, Bezirke, Gegenden gibt, in denen der Staat als Ordnungsmacht abgedankt hat, nicht einmal mehr sein Gewaltmonopol durchsetzen kann. Statt dessen herrschen mafiöse Clans. Vielköpfige Familien kontrollieren den Drogenhandel, erpressen Schutzgelder, bestimmen die Regeln des Zusammenlebens. In Berlin, in Duisburg, Dortmund, Essen, andernorts gibt es Gegenden, in denen der Rechtsstaat nur noch von Fall zu Fall funktioniert.

Was immer man auch von der unkontrollierten Einwanderung nach Deutschland halten mag, von der Grenzöffnung im Jahre 2015, kaum etwas hat das wiedervereinte Deutschland so geprägt. Nicht nur im Erscheinungsbild oder im Zusammenleben. Sondern eben auch auf rechtlicher Ebene. Und der Rechtsstaat, so unvollkommen er auch sein mag, ist das letzte und beste Bollwerk gegen Willkür, Barbarei und Faustrecht. Wenn sich die Regierung Deutschlands über Wochen damit beschäftigt, ob ein Beamter öffentlich das sagen darf, was er für richtig hält, auch wenn das dem Narrativ der Altparteien widerspricht, dann ist zudem eine Bürgerferne erreicht, die bedenklich ist.

Wo soll das hinführen? Zu einer neuerlichen braunen Machtübernahme? Sicher nicht. Die AfD ist nicht die NSDAP, die ständige Warnung vor einer rechtsradikalen Gefahr übertönt die wirklichen Gefahrensignale. Das Wichtigste: Der Kitt jeder modernen, zivilisierten Gesellschaft ist die Mittelschicht. Wenn der Mittelstand nicht mehr von Aufstieg träumt, sondern sich vor Abstieg fürchtet, dann ist der Zusammenhalt gefährdet. Reale und berechtigte Angst vor Altersarmut, Sorgen um die Gesundheitsversorgung, die persönliche Sicherheit, die Ausbildung der Kinder, den verlotternden Zustand der Infrastruktur. Alle diese Bedenken werden im Politikbetrieb Berlins höchstens in Form von hohlen Phrasen über die Sorgen "der Bürger draußen im Lande" zur Kenntnis genommen.

Zerfallen in Parallelgesellschaften

Löst sich dieser Kitt auf, dann sieht sich der Bürger nicht mehr als Staatsbürger. Er sieht seine Anliegen nicht mehr von den Staatsvertretern wahrgenommen. Die Gesellschaft zerfällt in Parallelgesellschaften, die beispielsweise religiös oder sozial stigmatisiert sind, also eine Lebenswelt der Superreichen und des Prekariats, eine Lebenswelt des Islam, eine Lebenswelt archaischer Stammesstrukturen, und so weiter. Wenn auch noch das Gewaltmonopol des Staates in Frage gestellt wird, bilden sich lokale Strukturen, wo das Faustrecht herrscht oder Bürgerwehren, die ihre Vorstellung von Recht und Ordnung durchsetzen wollen. Während die Begüterten in schwer bewachten Zonen leben, die sie kaum noch verlassen.

Wenn sich der Staatszerfall fortsetzt, kommt es zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen, dann der offene Bürgerkrieg, Deutschland würde wieder in ein Mosaik von Kleinstgebilden zerfallen, wie es schon zu Zeiten Heines existierte.

Ein realitätsfernes Szenario? Keinesfalls. Wenn vorhandene Strukturen nicht Lösungen für die drängenden Probleme der Gesellschaft bieten, wenn sich die Politik mit der richtigen Auslegung des Begriffs "Hetzjagd" wochenlang lahmlegt, wenn keine der etablierten Parteien wenigstens einen Lösungsvorschlag für die Sicherung der Altersrente hat, und die AfD zwar mit Protest - "so nicht weiter, mit denen nicht weiter" - punktet, aber auch keine Alternativen anzubieten hat: dann ist das kein Albtraum in dunkler Nacht. Sondern eine durchaus realisti-

sche Zukunftsperspektive.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 11/2018 berichtete im November 2018:

>>BRD-Sprech: Hilfsorganisation

_von Manfred Kleine-Hartlage

Wenn in diesen Tagen das Wort "Hilfsorganisation" fällt, darf man getrost darauf wetten, daß damit etwas völlig anderes gemeint ist als noch vor wenigen Jahren, das heißt vor der Entfesselung der aktuellen Völkerwanderung. Damals bezeichnete man als Hilfsorganisationen etwa das Rote Kreuz oder Brot für die Welt - also Vereinigungen, die Menschen halfen, die unverschuldet in Not geraten waren.

In jenen Tagen, als das BRD-Idiom die deutsche Sprache noch nicht so tief durchseucht hatte wie heute, wäre es absurd gewesen, mit diesem Titel Organisationen zu beehren, die selbst erheblich und systematisch dazu beitragen, daß die Notlage überhaupt eintritt, und die obendrein aus Prinzip nur Menschen helfen, die ihre Not selbst herbeigeführt haben.

Heute ist genau dieser absurde Sprachgebrauch gang und gäbe. "Hilfsorganisationen" sind Organisationen, die auf dem Mittelmeer Migranten einsammeln, um sie in Massen in europäische Länder zu bringen, in denen sie nicht erwünscht sind und für die sie niemals auf legalem Weg eine Einreiseerlaubnis bekommen hätten. Es sind Organisationen, deren Garantie, die Migranten in Europa und nicht etwa in Afrika abzuliefern, wie ein Magnet wirkt, der schon manchen jungen Afrikaner erst dazu veranlaßt haben dürfte, sich in das Boot einer Schlepperorganisation zu setzen.

Es handelt sich um Vereinigungen, deren Daseinszweck die Unterstützung strafbarer Handlungen ist.

Und um auch dies zu erwähnen: Diese Afrikaner sind keine "Flüchtlinge", wie das BRD-Idiom sie nennt: "Flüchtling" ist man nur so lange, bis man das Land verlassen hat, in dem man gefährdet war. Wer dann noch weiterreist, ist kein Flüchtling, sondern ein - gegebenenfalls illegaler - Migrant. Und eine Gruppierung, die ihn bei dieser illegalen Migration unterstützt und damit das Geschäft der Schlepperbanden ankurbelt, ist keine humanitäre Hilfsorganisation, sondern eine Vereinigung, deren Daseinszweck die Unterstützung strafbarer Handlungen ist.

Mit Seenotrettung haben deren Praktiken allenfalls in einem technischen Sinne zu tun. Selbstverständlich hat jeder Schiffbrüchige einen Anspruch darauf, von den Besatzungen vorbeifahrender Schiffe aus dem Wasser gezogen zu werden. Keinen Anspruch hat er aber darauf, in ein Land seiner Wahl gebracht zu werden. Und Organisationen, die systematisch nach Schiffbrüchigen suchen, um ihnen genau den Wunsch zu erfüllen, dessentwegen sie sich überhaupt erst in seeuntüchtigen Fahrzeugen aufs Wasser begeben haben, stiften die Betroffenen in vieler Hinsicht erst dazu an, sich selbst in Seenot zu bringen.

Lassen wir dahingestellt, wie viele Aktivisten tatsächlich aus genuiner Verblendung und irregeleitetem Idealismus handeln. Ich bin sicher, daß es solche Leute wirklich - und immer noch - gibt. Wer aber in das politische Umfeld dieser Organisationen hineinhorcht, kann unmöglich den autorassistischen Deutschen-, ja Weißenhaß überhören, der dort zum guten Ton gehört. Die Sprache der BRD und ihrer sogenannten oder auch tatsächlichen Linken mit ihrem süßlichen humanitären Gesäusel - "Hilfe" und "Hilfsorganisation", "Flüchtlinge" und "Schutzsuchende" - ist nicht erst deshalb unerträglich, weil sie die menschliche Intelligenz beleidigt, sondern vor allem, weil sie der zynischen Bemäntelung eines kalten Genozids am eigenen Volk dient. Und dabei den Ertrinkungstod von Migranten, die ohne ihre "Helfer" eher zu Hause geblieben wären, kalt lächelnd in Kauf nimmt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtete im Dezember 2018:

>>Ghostwriter Soros

von Daniell Pföhringer

... Weltweite Grenzenlosigkeit und Freizügigkeit - das ist der Traum von George Soros, der

vorgibt, Philanthrop zu sein, aber immer nur schnöde Kapitalinteressen verfolgt. Von Humanität und "Migration zum Nutzen aller" sprach auch die im September 2016 von den Staatsund Regierungschefs der UNO beschlossene "New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten", die den Ausgangspunkt des dann unter Federführung Mexikos und der Schweiz ausgearbeiteten Global Compact for Safe, Orderly und Regular Migration (GCM) bildete.

Der Pakt läßt die Grenzen zwischen tatsächlichen Flüchtlingen und sonstigen Migranten verschwimmen, will bislang illegale Migration legalisieren, sieht in interkontinentalen Wanderungsbewegungen grundsätzlich etwas Positives und redet vor allem den Staaten des Westens ein schlechtes Gewissen und eine Verantwortung für das Schicksal der Menschen in den Drittweltländern ein.

Heilsfigur Migrant

... Davon, daß Migration für die Zielländer größtenteils ein Defizitgeschäft darstellt, wollen weder der GCM noch Soros etwas wissen. Letzterer fordert gar, daß jeder der rund eine Million (später reduzierte er die Zahl freundlicherweise auf 500.000) Kostgänger, die die EU in jedem Jahr aufnehmen solle, 15.000 Euro Stütze jährlich erhalten müsse. Eine entsprechende Rundumversorgung zur "Integration" sieht auch der Migrationspakt vor.

"Verbesserung der Verfügbarkeit und Flexibilität der Wege für eine reguläre Migration."

Ziel des GCM

Und nicht nur das. Im GCM heißt es, daß "allen Migranten, denen in Transit- und Zielländern die Freiheit entzogen wird oder werden könnte, Zugang zur Justiz" zu gewähren sei, "unter anderem, indem der Zugang zu einer kostenlosen oder bezahlbaren qualifizierten und unabhängigen Rechtsberatung und -hilfe sowie der Zugang zu Informationen und dem Recht auf ordnungsgemäße Prüfung einer Anordnung zur Freiheitsentziehung erleichtert werden". ...

Freie Fahrt für NGOs

Das wird auch noch an einem anderen Punkt deutlich. In seinem Beitrag fordert der Megaspekulant sichere Reiserouten für Migranten, "darunter zunächst der Weg von Griechenland und Italien in ihre Zielländer". . . .

Und was steht dazu im Migrationspakt? Als Ziel Nummer fünf wird eine "Verbesserung der Verfügbarkeit und Flexibilität der Wege für eine reguläre Migration" ausgegeben. Und schon unter Punkt acht verpflichten sich die unterzeichnenden UN-Staaten nicht nur dazu, sogenannte Such- und Rettungsaktionen selber auszubauen, sondern auch private "Seenotrettung" nicht mehr als ungesetzlich zu qualifizieren.

Mit anderen Worten: Dem Treiben der NGO-Schiffe auf dem Mittelmeer, dem Italiens Innenminister Matteo Salvini durch seine Konsequenz und Beharrlichkeit zuletzt einen Riegel vorschieben konnte, soll ein Freibrief erteilt werden. Notabene: Jene NGOs werden maßgeblich von den Open Society Foundations des George Soros unterstützt. Noch Fragen?<<

<u>Die deutsche AfD-Politikerin Alice Weidel berichtete am 15. Januar 2019 während einer Presseerklärung (x346/8):</u> >>... Wir wissen nun, warum Hans-Georg Maaßen als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz seinen Hut nehmen mußte. Und zwar, um den Weg frei zu machen, damit die AfD zum Prüffall erklärt werden kann.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 03/2019 berichtete im März 2019: >> Die

Ökodiktatur der Grünen

_von Jürgen Elsässer

Kein Volk, kein Recht, kein Diesel - das ist erst der Anfang. Die nächsten Stationen dieses Zugs ins Nirgendwo sind schon vorgezeichnet: keine Industrie, kein Strom, keine Demokratie. Auf frappante Weise ähneln die aktuellen Entwicklungen einem alten Plan.

Im August 1944, als der Zusammenbruch des Dritten Reiches schon absehbar war, formulierte der US-amerikanische Finanzminister eine Agenda für die Zukunft des unterworfenen Feindstaates. "Dieses Programm ... soll Deutschland in ein Land mit vorwiegend agrarischem und ländlichem Charakter verwandeln", skizzierte Henry Morgenthau die Leitlinie seiner

Überlegungen. Nur eine Volte der Weltgeschichte verhinderte, daß dieses Vorhaben umgesetzt wurde. Zwar war der US-amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt dem Plan seines Ministers durchaus zugeneigt, aber der weitsichtigere britische Premier Winston Churchill dachte bereits über die Niederlage Deutschlands hinaus.

Mit seinem Diktum "Wir haben das falsche Schwein geschlachtet" nahm er schon den nächsten Gegner ins Visier. Zum Angriff auf die Sowjetunion, bis zu diesem Zeitpunkt noch ein taktischer Verbündeter in der Anti-Hitler-Koalition, wurden die Teutonen samt ihres militärisch-industriellen Komplexes dringend gebraucht; eine Agrarkolonie taugte nicht als Frontstaat. Churchill setzte sich durch und überzeugte Roosevelts Nachfolger Harry S. Truman. Als der Kalte Krieg begann, mußte Morgenthau seinen Schreibtisch räumen.

Die drei Ds

Obwohl der vollständige Text des Morgenthau-Plans nie bekannt wurde, sind seine Eckpunkte ein offenes Geheimnis. Es ging um die berühmten drei Ds: Denazifizierung, Demilitarisierung und Deindustrialisierung. In der frühen Bundesrepublik lief die Entwicklung zunächst in die entgegengesetzte Richtung: Im Wiederaufbau von Wirtschaft und Verwaltung wurden die NSDAP-Mitglieder gebraucht, die Adenauer-Bürokratie war durchsetzt von ihnen. An Abrüstung war nicht zu denken, vielmehr wurde, mit Hilfestellung ehemaliger Wehrmacht-Generäle, die Bundeswehr installiert und in die NATO-Strukturen eingegliedert. Und statt dem neuen Staat die Industrie zu nehmen, griffen die Amerikaner ihr mit dem Marshall-Plan unter die Arme und beförderten das Wirtschaftswunder der 1950er Jahre.

Doch die Freundlichkeiten des Großen Bruders aus Übersee waren an eine bestimmte historische Konstellation gebunden: die Teilung des Globus in zwei verfeindete Blöcke. Mit dem Untergang der Sowjetunion begann der Übergang in eine multipolare Welt, aus Partnern wurden wieder Konkurrenten. Auf unheimliche Weise zeichnen sich im wiedervereinigten Deutschland Entwicklungen ab, die an den Morgenthau-Plan erinnern:

Denazifizierung: Je größer der zeitliche Abstand zu Hitler-Deutschland wird und je weniger alte Parteigenossen noch leben, um so wilder rast der Furor eines faktenbefreiten Antifaschismus. Positionen, die 60 Jahre lang in der CDU/CSU mehrheitsfähig waren, stehen mittlerweile unter Nazi-Verdacht.

Demilitarisierung: Was Morgenthau nicht schaffte, gelingt Ursula von der Leyen mit ihren Beratern von McKinsey mühelos. Die Bundeswehr ist nur noch ein Schrotthaufen, die meisten Panzer stehen in der Werkstatt, Kampfflugzeuge müssen zur Rundumsanierung am Boden bleiben, bei Manövern werden fehlende Geschützrohre durch Besenstiele ersetzt. Die Rüstungsschmiede Heckler & Koch darf das Standard-Sturmgewehr G36 nicht mehr produzieren, der einstige Großwaffenlieferant Thyssenkrupp steht vor der Zerschlagung.

Deindustrialisierung: Die "vollständige Demontage des Ruhrgebietes", einer der Kernpunkte des Morgenthau-Plans, ist seit der Wiedervereinigung zügig umgesetzt worden. Im Dezember 2018 wurde die letzte Steinkohlezeche geschlossen. Die gesamte Region ist zum Armenhaus der Republik verkommen, in ihren No-go-Areas herrschen muslimische Banden, die Infrastruktur verfällt.

Nie wieder Kohle

Doch obwohl das Ruhrgebiet abgewrackt wurde, verteidigte die deutsche Industrie bisher ihre starke Position und trägt gleichbleibend mit über 20 Prozent zur deutschen Wirtschaftsleistung bei - in Großbritannien und den USA ist die entsprechende Quote auf unter zehn Prozent gefallen. Die neuerlichen Attacken sollen die verbliebenen Zentren der Wertschöpfung attackieren - die Automobil- und die Energieproduktion.

Die immer weiter um sich greifenden Dieselfahrverbote treffen den deutschen Exportschlager schlechthin. In dieser Technologie ist Made in Germany führend. Bezeichnenderweise begann der Abgasskandal in den USA mit Klagen gegen VW und andere deutsche Konzerne. Die Steilvorlage wurde dann hierzulande von den Grünen und ihren Vorfeldorganisationen aufge-

nommen. Mit der neuen EU-Schadstoffverordnung geht es ab 2021 auch den Benzinern an den Kragen. Die dann geltenden Grenzwerte richten sich gezielt gegen die PS-starken Premiumfahrzeuge aus Bayern und Baden-Württemberg - von Kleinwagen, wie sie vorwiegend in Italien und Frankreich produziert werden, können sie zur Not erfüllt werden.

Das von Bund und Ländern kürzlich beschlossene Kohle-Aus ab dem Jahr 2038 vernichtet den letzten Rest einer eigenständigen Energiebasis - und zigtausende Jobs in den Tagebau-Ländern Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Deutschland ist dann abhängig von Sonne und Wind, deren Stromerzeugung je nach Wetter stark schwankt und die Grundlast für Großbetriebe nicht gewährleisten kann - und von Importen aus dem Ausland, die auch aus französischen Atomkraftwerken kommen.

Ein Treppenwitz der Geschichte ist, daß die grüne Attacke gegen den Diesel mit der Schädlichkeit von NOx begründet, gegen Benziner und Kohle aber mit dem CO2-Ausstoß argumentiert wird. Tatsächlich hat sich letzterer in Deutschland seit der für den Verbraucher sehr teuren Energiewende 2011 erhöht und nicht verringert. Wollte man ernsthaft etwas dagegen tun, müßte man den Selbstzünder fördern, dessen Kohlendioxid-Bilanz günstiger ist als die der Otto-Motoren.

Die als ökologisches Allheilmittel gepriesene Elektromobilität ist in jedem Fall eine Mogelpackung: Nicht im Fahrbetrieb, wohl aber in der Batterieherstellung fallen ebenfalls Giftstoffe an. Die Gesundheit der Kinder, mit der hochmoralisch etwa die aktuellen Fahrverbote begründet werden, spielt im Falle der E-Autos keine Rolle: Beim Abbau des für sie benötigten Kobalts im Kongo schuften minderjährige Arbeitssklaven unter hochtoxischen Bedingungen in den Minen von Konzernen und Warlords.

Fluchtpunkt 2040

Wie unser Land in einer nicht allzu fernen Zukunft aussehen könnte, hat Dirk C. Fleck in seinem Roman *GO! Die Ökodiktatur. Erst die Erde, dann der Mensch* schon 1993 prognostiziert. Aus dem Klappentext:

"Wir schreiben das Jahr 2040. Die Umweltbedingungen auf der Erde haben sich dramatisch verschlechtert. In den ehemaligen westlichen Industrieländern regieren radikale Öko-Räte. Es besteht Reise- und Bauverbot. Privatmedien gibt es nicht mehr, als Informationsquelle dient das Staatsarchiv. Vegetarische Grundnahrungsmittel, Einheitskleidung und Wohnraum stellt der Staat. Geld ist abgeschafft. Jeder Bürger zwischen 18 und 55 ist verpflichtet, seine Arbeitskraft in den ökologischen Neuaufbau zu investieren. Eine verhaltensmanipulierte Armee sorgt für die Einhaltung der zwölf Grundgesetze. In von der Außenwelt abgeschotteten Stadtlagern werden Gesetzesbrecher und Seuchenkranke konzentriert. Gleichzeitig stellt der Staat seinen Bürgern frei, in Meditationskommunen zu leben, wo unter Anleitung spiritueller Lehrer der Versuch unternommen wird, den Menschen mit der Natur zu versöhnen."

Viele trösten sich mit dem Gedanken, daß es wohl nicht so weit kommen werde. Doch sie unterschätzen sowohl die Aggressivität wie das Potential der Grünen. Die Aussage "Es gibt kein Volk" stammt nicht von linksradikalen Eiferern wie Claudia Roth, sondern vom schicken Hoffnungsträger Robert Habeck, der gerade zum Politiker des Jahres 2018 gekürt wurde. Die vermeintliche Öko-Partei hat in Umfragen weiter zugelegt und rangierte Anfang Februar mit bundesweit 23 Prozent satte zehn Punkte vor der AfD.

Ihr Aufstieg wird befeuert durch das strategische Kalkül der Union: Die CDU in Baden-Württemberg, jahrzehntelang ein treuer Sachwalter der Großindustrie, spürt zwar die Enttäuschung ihrer Stammwähler und würde lieber heute als morgen gegen die unsinnigen Dieselfahrverbote aufstehen. Doch sie hat im Land wie auch künftig im Bund keine andere Regierungsoption als schwarz-grün, solange das Merkel-Establishment jedes Zugehen auf die AfD verweigert und den Ausgrenzungskurs gegenüber den Blauen sogar noch verschärft.

Hinzu kommt die Umorientierung der Automobilkonzerne selbst: In den Chefetagen ist man auf den Ökokurs umgeschwenkt, weil man von den hohen Beschäftigungszahlen herunterwill.

Es ist nämlich viel profitabler, Elektrolimousinen mit der Hälfte der Arbeiter, aber zum doppelten Preis zu produzieren, als weiterzumachen wie bisher. Wenn die Regierung die Umstellung auch noch mit Zuschüssen versüßt - um so besser.

Mit Marktwirtschaft hat das freilich nichts mehr zu tun: Es ist staatlicher Zwang, der nach der Energie- auch die Verkehrswende einleitet, ergänzt durch die Mobilisierung der dumm gehaltenen Jugend auf der Straße. Die Planwirtschaft, die sich so herausbildet, kann man ökosozialistisch nennen - aber sie wird weder der Umwelt noch dem Sozialen nutzen, sondern denselben Eliten wie bisher.<<

Horst Koch berichtete am 17. Mai 2019 in seinem Internet-Blog "www.horst-koch.de" über die Demontage des Industriestandorts Deutschland (x960/...): >> Wird Erdogan den neuen Berliner Flughafen bauen?

Von Peter Haisenko

Jetzt wird zur Gewißheit, was kluge Köpfe seit Jahren fordern: Die betongewordene Schande BER muß abgerissen werden, weil falsche Materialien verbaut worden sind. Das ist seit 2012 bekannt, aber erst jetzt wird darauf reagiert. Die Planung des BER zielte von Anfang an darauf ab, das Großprojekt zum Scheitern zu verdammen.

Als Herr Ruhnau, der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Lufthansa, zum Projektleiter für den neuen Berliner Flughafen berufen wurde, hatten Insider gleich ein mulmiges Gefühl. Es war der Herr Ruhnau, dem es gelungen ist, den gewerkschaftseigenen Konzern COOP innerhalb eines Jahres zu ruinieren und liquidieren. Wie ich aus informierten Kreisen weiß, hatte er dann den Auftrag, auch die Lufthansa in den Ruin zu treiben. Mit dem faulen Argument, Slots - also Streckenrechte - für die Zukunft zu besetzen, hat er Strecken betrieben mit B 737 (124 Sitzplätze), die durchschnittlich nur mit sechs (!) Passagieren ausgelastet waren.

Er hat offen bekundet, so viele Piloten auszubilden, daß das Überangebot die Gehälter der Piloten drastisch schrumpfen lassen sollte. Das sehr engagierte Lufthansa-Personal hat das nicht zugelassen.

Der BER sollte niemals eine Erfolgsgeschichte werden

Beim Berliner Flughafen hat Herr Ruhnau dann als erstes mit falschen, für Fachleute völlig unsinnigen Grundstückskäufen (Baufeld Ost) etwa sieben Milliarden DM versenkt. Er hat eine Planung vorgelegt, die für eine Stadt mit etwa 700.000 Einwohnern größenmäßig angemessen gewesen wäre. Nachdem er den Grundstein für das Scheitern dieses Prestigeprojekts gelegt hatte, hat er sich aus dem Staub gemacht und wurde anschließend immer noch in "Elite-Kreisen" hofiert.

Der Werdegang Ruhnaus läßt kaum Zweifel daran, daß er gezielt ausgewählt wurde mit dem Auftrag, das BER-Projekt so zu gestalten, daß es niemals eine Erfolgsgeschichte werden kann. Er hat seinen Auftrag erfüllt. Bereits in den 1990-er Jahren, als Herr Diepgen (CDU) Regierender Bürgermeister war, wurde die Öffentlichkeit über den Baufortschritt des Flughafens vorsätzlich belogen. Das weiß ich von dem damaligen Pressesprecher, der auf die Anweisung zu lügen, sein Amt niedergelegt hat.

Der Aufsichtsrat der Betreibergesellschaft war immer politisch besetzt mit Leuten, die fachlich völlig unbeleckt waren. Ob auch das Methode hatte, lasse ich im Raum stehen. Fest steht heute, daß der Berliner Flughafen zur Lachnummer für die ganze Welt geworden ist. Die Folge ist, daß sich niemand mehr weltweit einen Flughafen von deutschen Firmen bauen läßt. BER hat die Umkehrung des rundherum gelungenen Münchner Flughafens geschafft, der die Aufträge für deutsche Flughafenbauer gesichert hatte. Ob auch das ein Ziel bei der "Planung" des BER war, stelle ich ebenfalls in den Raum.

Der Verdacht der gezielten Sabotage liegt nah

BER wird 2020 nicht eröffnet werden. Die Mängel sind zu gravierend. Es wurden Plastikdübel in Kalksandstein verbaut, die nicht zugelassen sind und die erforderliche Tragfähigkeit nicht aufweisen. Insgesamt sind im BER zu viele Kalksandsteinwände installiert, die nach

Gutachten des TÜV komplett rausgerissen und ersetzt werden müßten. Man kann in Kalksandstein keine Dübel setzen, die Lasten tragen sollen. Die Dübel sprengen mit ihrem Druck den Stein, wenn sie nicht aus Plastik sind und aus Plastik dürfen sie nicht sein, wegen des Brandschutzes.

Die Kalksandsteinwände zu ersetzen ist bautechnisch nahezu unmöglich und so wird kaum ein Weg daran vorbeiführen, das ganze Murkswerk abzureißen. Damit geht dann die nächste Milliarde dahin und die Kosten für Nichts werden die Achtmilliardengrenze überschreiten. Nachdem diese Mängel aber bereits seit 2012 bekannt sind, kann man hier nicht mehr von Unfähigkeit sprechen, man muß gezielte Sabotage annehmen.

Abgesehen davon, daß die Neuplanung nach dem Abriß wieder einige Jahre in Anspruch nehmen wird, muß das Projekt dann wieder ausgeschrieben werden. Wer noch daran glaubt, daß dann eine deutsche Firma, ein deutsches Firmenkonsortium, den Zuschlag erhalten wird, glaubt nach dem Debakel nur noch, wer auch an den Weihnachtsmann glaubt. Erdogans Türkei hingegen kann einen neuen Flughafen in Istanbul präsentieren, der zeitgerecht und effizient gebaut worden ist. Das können auch Chinesen oder Russen.

So steht zu erwarten, daß die Industrienation Deutschland seinen neuen Hauptstadtflughafen nicht selbst bauen wird. Kann es noch peinlicher werden, wenn man Türken, Russen oder Chinesen braucht, um in Deutschland einen Flughafen zu bauen? Da könnte der Verdacht aufkommen, daß in höchsten deutschen (!) Kreisen Jahrzehnte nach dem Krieg daran gearbeitet wird, den Morgenthau-Plan umzusetzen, nämlich Deutschland zu deindustrialisieren.

Der ehedem hochgelobte Industriestandort Deutschland kriegt nichts mehr auf die Reihe

Berlin wird innerhalb der nächsten zehn Jahre keinen neuen Flughafen bekommen. Da fühle ich mich doch an einen Kabarettisten erinnert, der Wowereit folgendes in den Mund gelegt hat: Flughafeneröffnung 2013? Ich weiß auch nicht, wie dieser Zahlendreher entstanden ist. (2031) So wird sich der Berliner Senat doch noch gegen seinen erklärten Willen an den Volksentscheid halten müssen, Tegel für Jahre oder Jahrzehnte offen zu halten.

Bahnhöfe, Flughäfen und Bahnstrecken: Nichts bringen unsere Politprofis auf die Reihe. Der Gotthardtunnel ist seit Jahren fertig, aber für die Zulaufstrecke im deutschen Rheintal ist die Planung noch nicht einmal abgeschlossen. Der Brennerbasistunnel wird demnächst fertiggestellt, aber die Planung für den Zulauf auf deutscher Seite durch das Inntal hat noch nicht einmal begonnen.

Nein, das kann nicht mehr mit Unfähigkeit begründet werden, das ist Sabotage. Sabotage am Industriestandort Deutschland, an der (unverständlicherweise) immer noch geschätzten deutschen Präzision und Zuverlässigkeit.

Der BER steht symbolisch für die Demontage des Industriestandorts Deutschland. Ausschreibungen werden so schlampig ausgeführt, daß anschließend die Kosten auf das Vielfache ansteigen. Elbphilharmonie oder Stuttgart 21. Wohnraum ist ohne korrekte Ausschreibung an angelsächsische Kapitalgesellschaften verschleudert worden.

Für all das muß natürlich niemand Verantwortung übernehmen. Nein, auch der Spaßbürgermeister Wowereit kann sich weiterhin in seiner üppigen Pension baden. Nach 14 Jahren Merkel ist Deutschland in einem jämmerlichen Zustand. Mißstände abstellen? Wir machen uns Sorgen, wir nehmen es ernst, wir arbeiten daran - aber wir tun nichts. Siehe "Cum-Ex-Geschäfte" die seit 19 Jahren bekannt und nicht abgestellt sind.

Wessen Geschäft betreiben die deutschen Regierungen?

Wie BER zeigt, hat die Demontage Deutschlands schon früher begonnen, nämlich spätestens nach der "Wiedervereinigung", die auch nicht völkerrechtsmäßig abgelaufen ist. Rohwedder und Herrhausen mußten ihr Leben lassen, weil sie mit der Treuhand die "neuen Bundesländer" zu einem Erfolgsmodell machen wollten. Frau Breuel, in Oxford/England ausgebildet, hat dann das gemacht, was man in London schon seit 100 Jahren als oberstes Ziel gesetzt hat-

te: Die Zerstörung der deutschen Wirtschaftskraft, der man in England nichts entgegensetzen kann. Die Frage ist nun, ob es in den deutschen Regierungen überhaupt Politiker gibt oder gab, die nicht an der Zerstörung Deutschlands arbeiten.

Helmut Schmidt hat Deutschland in die Schuldenfalle geführt. Helmut Kohl hat ohne Not auf die "deutschen Ostgebiete unter polnischer Verwaltung" verzichtet und das Angebot Gorbatschows schlank angelehnt, Ostpreußen zurück zu erhalten. Schröder hat mit der "Agenda 2010" den sozialen Frieden zerstört und mit Fischer Deutschland wieder in Kriege geführt. Frau Merkel schließlich hat die deutschen Grenzen einfach für alle geöffnet und jegliche Rechtsstaatlichkeit aufgehoben, wenn es um Zuwanderer geht.

Die deutsche Spitzentechnologie Dieselmotoren ist seines Nimbus' beraubt worden. Bayer kauft Monsanto, damit umgehend milliardenschwere Regreßansprüche über amerikanische Gerichte an ein jetzt deutsches Unternehmen gestellt werden können. Die fruchtbare Zusammenarbeit mit Rußland wurde mit ungerechtfertigten Sanktionen zerstört, die Deutschlands Wirtschaft Milliardenverluste bescheren. Deutsche Soldaten stehen wieder an der Grenze zu Rußland. Nichts davon kann als förderlich für Deutschland bezeichnet werden.

Wessen Geschäft betreiben die deutschen Regierungen?

BER steht nur symbolisch für den allgemeinen Niedergang. Infrastruktur und Schulen sind in einem jämmerlichen Zustand. Die "Energiewende" ist Flickwerk und hat Deutschland die höchsten Strompreise gebracht, worunter die deutsche Industrie auch leidet. Ausländische Großkonzerne zahlen in Deutschland fast keine Steuern. Nein, alles in Summe betrachtet, kann nicht mehr Unfähigkeit angenommen werden, es kann nur noch geplante Sabotage sein. Ob der "Deutsche Michel" aufwachen wird, wenn Erdogans Türkei den Berliner Flughafen baut?

Ob es jemals dazu kommen wird, daß die Zerstörer Deutschlands vor Gericht gestellt werden? Das ist unwahrscheinlich, aber wenn doch, sind einige tausend Jahre Haft fällig.

Die unkontrollierte Zuwanderung nach Deutschland hat nicht erst 2015 begonnen. Schon der damalige Außenminister Fischer hat die unkontrollierte Zuwanderung von Ukrainern befördert, indem er einfach deren Visumspflicht aufgehoben hat. Während die CDU noch 1991 stramm Wahlkampf gegen Zuwanderung gemacht hat, hat Merkel das ins Gegenteil verkehrt.

Wer heute noch glaubt, die Probleme mit Migranten wären zufällig entstanden, der hat das Werk von **Hans Jörg Schrötter** noch nicht gelesen: "Auf nach Germania", in dem er, der Insider aus dem Ministerium, Stück für Stück mit Namen und Titeln den Nachweis führt, daß auch in dieser Hinsicht nichts zufällig abgelaufen ist. "Auf nach Germania" ist erhältlich im Buchhandel oder direkt zu bestellen beim Verlag hier.

Mit dem Werk "Die Deutschen - Das klügste Volk auf Erden verabschiedet sich von der Geschichte" belegt Hans-Jürgen Geese den Verdacht, daß unsere "Politprofis" extra so ausgewählt worden sind, damit sie Deutschland den größtmöglichen Schaden zufügen - eben Deutschland zu einem tragischen Fall der Geschichte machen können, indem es nicht mehr als Kultur- und Industrienation weiter existieren wird. Auch dieses Werk ist erhältlich im Buchhandel oder direkt zu bestellen beim Ander-Welt-Verlag. ...<

<u>Die Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V. veröffentlicht am 22. Mai 2019 folgende Anmerkungen zum siebzigsten Geburtstag des Grundgesetzes (x934/...):</u> >>**Erika Steinbach zum 70. Geburtstag des Grundgesetzes**

Geburtstagskind in Not – Anmerkungen zum siebzigsten Geburtstag des Grundgesetzes Von Erika Steinbach - Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V.

... Nach der Wiedervereinigung gab es die Forderung nach einer gänzlich neuen Verfassung. Um etwa erforderlichen, zwingenden Änderungsbedarf festzustellen oder gar eine neue Verfassung einzufordern, wurde durch Bundesrat und Bundestag die Gemeinsame Verfassungskommission von Bund und Ländern eingesetzt.

Das Gremium kam zu der Erkenntnis, daß größere Änderungen auch nach der Wiedervereinigung entbehrlich seien und daß es aus rein juristischer Sicht keiner Volksabstimmung über das Grundgesetz bedürfe. Allerdings wies es in dem Bericht auch darauf hin, daß die Durchführung eines Volksentscheids über das Grundgesetz durchaus eine integrierende Wirkung zwischen Politik und Bürgern haben könnte.

Wir leben also bis zum heutigen Tage auf dem juristischen Fundament, das die Verfassungsväter und Mütter in schwierigster Zeit auf den Weg gebracht haben.

Was heutzutage beunruhigen muß, ist die blanke Feststellung, daß über elementare Teile des Grundgesetzes selbst die Bundeskanzlerin vorsätzlich hinweggeht. Die Aussage der Bundeskanzlerin, "Das Volk ist jeder, der in diesem Lande Lebt" ist zutiefst verfassungswidrig. Nicht jeder, der sich aus irgend einem Teil der Welt hier legal oder illegal niedergelassen hat, gehört zum Volk. Unser Grundgesetz ist darin eindeutig.

Das Grundgesetz bestimmt in seinen Artikeln 20 und 116 das glatte Gegenteil. Und das Bundesverfassungsgericht hat am 31. Oktober bereits 1990 dazu klargestellt, daß Artikel 20 ABS.2 Satz 1 bestimmt, daß das Staatsvolk unseres Landes Träger und Subjekt der Staatsgewalt ist und das Staatsvolk, von dem alle Staatsgewalt ausgeht, nach dem Grundgesetz von den Deutschen, also den deutschen Staatsangehörigen und den ihnen nach Artikel 116 gleichgestellte Personen gebildet wird.

Noch niemals zuvor seit 1949 hat ein Kanzler an der Spitze der Bundesrepublik Deutschland eine zentrale Norm der Verfassung so mir nichts, dir nichts einfach vom Tisch gewischt. Dabei handelt es sich beim Artikel 20 um einen Artikel mit Ewigkeitsgarantie, der nicht einmal mit einer Zweidrittelmehrheit geändert werden könnte. Die Kanzlerin unseres Landes hat hiermit eine rote Linie überschritten. Allerdings nicht erstmals.

Daß bindende Gesetze seitens der Kanzlerin in diktatorischer Selbstherrlichkeit freihändig mißachtet werden, ist keine Ausnahme. Seit 2005 hat die Kanzlerin mehrfach Entscheidungen gegen gültiges Recht und Gesetze getroffen: Von der Eurorettung über den abrupten Atomausstieg innerhalb von nur drei Tagen bis zur rechtswidrigen, unkontrollierten Aufnahme von inzwischen an die zwei Millionen Migranten reichen die autokratischen Entscheidungen, die unserem Land dauerhaft schwere Lasten aufbürden. Sie hat Deutschland massiven Schaden zugefügt.

Damit hat die Bundeskanzlerin massiv gegen den in Artikel 5 des Grundgesetzes vorgeschriebenen Amtseid verstoßen. Der da lautet:

"Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, daß Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe".

Deutschland ist auf dem Fundament des Grundgesetzes ein Rechtsstaat. Jeder, der in unserem Lande lebt, hat unsere Gesetze zu respektieren und sich nach ihnen zu richten. Politiker, und insbesondere die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, haben in der Gesetzestreue Vorbild zu sein. Eine Kanzlerin, die sich öffentlich gegen elementare Rechtsgrundlagen unseres Staates stellt und sie aktiv mißachtet, hat im Grunde ihr Amt verwirkt.

Beunruhigend daran ist, daß das laut Grundgesetz zuständige Kontrollgremium über die Handlungen der Bundesregierung, nämlich der Deutsche Bundestag, all das hinnimmt und damit die ihm aufgegebene Verpflichtung nicht erfüllt.

Seit 70 Jahren leben wir in einem demokratisch verfaßten Staat. Dafür steht das Grundgesetz. Keine Demokratie der Welt kommt ohne das Recht der Meinungsfreiheit aus. Wo es keine Meinungsfreiheit gibt, da ist demokratisch formulierte Gesetzgebung reine Makulatur. Am Status der Meinungsfreiheit läßt sich der Zustand eines Staatswesens signifikant erkennen. Hier entwickelt sich Deutschland in eine zutiefst beunruhigende Richtung. Immer weniger Menschen wagen, ihre Meinung zu politischen und gesellschaftlichen Themenfeldern offen

auszusprechen aus Angst, stigmatisiert zu werden.

Der Umgang mit Männern wie Thilo Sarrazin oder Hans Georg Maaßen macht schlaglichtartig deutlich, wie mit nicht Mainstream konformen Überzeugungen brachial umgegangen wird. Da paßt das Motto, bestrafe einen, erziehe Hunderte. Leider zeigt das erkennbar Wirkung.

Im Bereich unseres wunderbaren deutschen Wortschatzes werden mehr und mehr Begriffe aussortiert, indem man sie stigmatisiert. Seit Jahren zunehmend.

Den Vogel hat der Mann abgeschossen, der seitens der Bundesregierung seit kurzer Zeit für den Schutz der Verfassung zuständig ist: der neue Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang. Er will, so sagte er, mit seiner Behörde dafür sorgen, daß die Grenze zwischen legitimem Protest und Extremismus wieder deutlich erkennbar wird. Er versteigt sich dazu, festzustellen, daß die "Neue Rechte" bewußt nicht mehr von "Rasse" spräche, sondern statt dessen von "Identität, Kultur und Ethnien".

Dieser sogenannte Verfassungsschützer trägt vorsätzlich dazu bei, nicht nur Meinungsfreiheit, sondern mit der Stigmatisierung dieser Unterscheidungsvokabeln auch Wissenschaft und Forschung zu begrenzen.

Eine Demokratie ohne Meinungsfreiheit ist nur noch eine Pseudo-Demokratie. Mit diesem Verfassungsschutzpräsidenten hat die Bundesregierung gewollt den Bock zum Gärtner gemacht. Das muß uns alle in diesem Jubiläumsjahr des Grundgesetzes zutiefst beunruhigen.

Was die Freiheitsrechte unseres Grundgesetzes anbelangt, ist Gefahr im Verzug.

Es gibt ein wunderbares Volkslied:

"Freiheit die ich meine, die mein Herz erfüllt, komm' mit Deinem Scheine, süßes Engelsbild. Magst du nie dich zeigen der bedrängten Welt, führest Deinen Reigen nur am Sternenzelt."

Im siebzigsten Jahr des Grundgesetzes erleben wir ein Geburtstagskind in Not. ... <<

<u>Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 28. Februar 2020:</u> >>**Die Bauern verdienen unseren Dank**

Holger Douglas

Jeder Städter weiß es besser als die Bauern: Die Landwirte quälen ihre Tiere, vergiften die Nahrungsmittel mit Chemie und düngen zu viel. Städter können zwar kaum Roggen von Gerste unterscheiden, sind aber fest davon überzeugt, daß Bio besser als konventioneller Ackerbau und daß eine "Agrarwende" dringend notwendig ist.

Und überhaupt: die viele "Chemie". Früher ging es doch "viel natürlicher" zu, träumen die Städter vom Bauern, der im März seine Rößlein anspannt. Da lohnt ein kurzer Blick auf aktuelle Virus-Monitoringkarten, auf denen sich Landwirte über die aktuell drohende Schädlingslage informieren. ...

Nikotin ist das stärkste Pflanzengift

Während gerade Coronavirus-Panik beim Menschen geschürt wird, fiel im vergangen Jahr häufig die Zuckerrübenernte weitgehend aus. Der Grund: ein gefährlicher Virus. Grüne Pfirsichblattlaus und schwarze Bohnenlaus haben beim Saugen an den Blättern den Rübenvergilbungsvirus (BMYV) übertragen.

Der läßt bei den infizierten Pflanzen die Blätter orange-gelb und brüchig werden. Aus diesen Rüben wird nichts mehr. Das bedeutet für den Bauern: kompletter Ertragsausfall. Nur aufgrund der Überproduktion merkt das niemand mehr im Supermarkt. Weltweiter Handel gleicht solche Ernteausfälle, wie sie immer wieder vorkommen, aus. Früher wurde das Saatgut vor allem mit den berüchtigten Neonicotinoiden gebeizt, einer sehr wirkungsvollen Waffe, die vom Pflanzengift Nikotin aus der Tabakpflanze abgeschaut wurde.

Nikotin ist übrigens eines der stärksten Pflanzengifte, die die Natur kennt und an die Wirkstoffe aus der "bösen Chemie" nicht im entferntesten herankommen. Seit dem Verbot der "Neonics" bleibt den Landwirten noch der Wirkstoff Tefluthrin (Force 20 CS) gegen die Bodenschädlinge zur Verfügung.

Strafzahlungen drohen

Viele Krankheiten und Schädlinge bedrohen die Nutzpflanzen auf dem Acker. So übertragen vier Millimeter große Zikaden einen Virus, der beim Weizen die Blätter gelb färben läßt und verhindert, daß Ähren aus der Blattscheide wachsen und sich entwickeln können. Folge: totaler Ausfall der Weizenernte. Dazu kommen noch die Risiken des Wetters.

Es ist ein harter Kampf von Wissenschaft und Technik sowie Landwirten, der Natur regelmäßig eine ausreichende Ernte abzutrotzen. Volle Lebensmittelregale sind keine Selbstverständlichkeit, verleiten aber zu Übermut. Am 2. April soll die neue Düngeverordnung beschlossen werden, heftig forciert von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD). Schon fast mit Begeisterung verweist sie auf die drohenden Strafzahlungen der EU. 850.000 Euro soll Deutschland nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs zahlen, weil die Nitratwerte im Grundwasser angeblich über den Grenzwerten liegen. Pro Tag wohlgemerkt.

Nicht zuletzt deswegen wehren sich die Landwirte drastisch gegen die Düngeverordnung, weil die Meßwerte falsch sind, und die nach Brüssel gemeldeten Nitratwerte nicht stimmen. Diese Daten stammen zudem noch aus den Jahren 2003 bis 2005 sowie 2006 und 2010.

Rückfall in Produktionsweise unserer Vorfahren

Die Düngeverordnung ist einer der gewaltigen Hebel, um der Landwirtschaft den Garaus zu machen. Nach dieser Verordnung sollen die Landwirte nun ihre Düngemengen schrittweise reduzieren: im ersten Jahr um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr, im darauffolgenden Jahr wiederum weniger - jeweils bezogen auf die bereits reduzierte Menge. Eine Abwärtsspirale.

Diese einschneidenden Einschränkungen bedeuten, daß die Pflanzen nicht mehr genügend Nährstoffe bekommen, ihr Wachstum entsprechend reduziert wird und damit die Erträge der Landwirte weiter sinken. Dies würde ein Ende der Landwirtschaft in Deutschland bedeuten, das zu einem Importland für Agrarprodukte werden könnte. Dafür bekommen die NGOs ihre gewünschten Blühflächen.

Dies bedeutet weiterhin einen erheblichen Raubbau am Boden und den Rückschritt in die landwirtschaftliche Produktionsweise unserer Vorfahren. Die entzogen den Böden brutal die wenigen Stickstoffmengen. Sie mußten deswegen die Äcker regelmäßig brachliegen lassen, damit sie sich ein wenig erholen konnten.

Die Landwirte verdienen unseren Dank

Erst als die beiden Chemiker Fritz Haber und Carl Bosch Anfang des 20. Jahrhunderts ihr bedeutendes Verfahren entwickelten, Stickstoff aus der Luft zu entziehen und mit Wasserstoff Ammoniak zu synthetisieren, wurde es möglich, zusätzlich mit Stickstoff Böden zu düngen. Neben der Mechanisierung der Landwirtschaft mit raffinierten und leistungsstarken Maschinen, war dies der zweite bedeutende Schritt, die Nahrungsproduktion auf den Äckern zu steigern. Resultat: Ernährte um 1900 ein Landwirt etwa drei Menschen, so sind es heute 140 bis

Erst diese signifikante Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion läßt Proteste gegen eben diese Landwirtschaft zu. Waren in früheren Zeiten die Menschen vollauf damit beschäftigt, Äcker zu bestellen, Unkräuter zu zupfen, zu säen, schließlich die Ernte einzubringen, zu dreschen, so müssen heute immer weniger Menschen für das tägliche Brot arbeiten. Lena, Lisa, Greta und Co sollten den Landwirten für ihre Arbeit auf den Äckern danken, anstatt sie zu beschimpfen.

Holger Douglas ist Wissenschafts- und Technikjournalist, arbeitete für das ZDF und Al Jazeera. 2018 erschien sein Buch "Die Diesel-Lüge".<<

<u>Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG"</u>, Ausgabe 31, berichtete im Februar 2020 (x355/4-8): >>**Hybride Kriegsführung: Wenn in Zeiten des Friedens Kriege toben**

Von Gerhard Wisnewski

Tue Schlechtes und rede darüber. Und wenn du darüber redest, dann schiebe es anderen in die Schuhe: Das ist eine ganz neue Variante des alten Sprichwortes "Tue Gutes und rede dar-

über". Gemeint ist die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der hybride Krieg gegen Deutschland, Europa und andere Teile der Welt. Sie wissen schon: "Hybrid" wie "hybrides Auto" - ein Fahrzeug mit gemischtem Antrieb, zum Beispiel elektrisch und konventionell. "Hybrid" heißt also so viel wie gemischt. Im Falle des Krieges bedeutet das einen Krieg an allen Fronten und mit allen Mitteln, quasi einen totalen Krieg. Klassische militärische Mittel spielen dabei nur noch eine Nebenrolle, wenn überhaupt.

Die "hybride Kriegsführung seitens Rußlands" sei in allen europäischen Ländern täglich zu spüren, sagte da plötzlich die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel am 25. Januar 2019 bei der Münchner Sicherheitskonferenz.

"... und diese hybride Kriegsführung im Internet ist sehr schwer zu erkennen, weil Sie plötzlich Bewegungen haben, von denen Sie gedacht haben, daß sie nie auftreten. ... In Deutschland protestieren jetzt Kinder für den Klimaschutz. ... Aber daß plötzlich alle deutschen Kinder, nach Jahren, ohne jeden äußeren Einfluß, plötzlich auf die Idee kommen, daß man diesen Protest machen muß, das kann man sich auch nicht vorstellen."

Ein Instrument der hybriden Kriegsführung

Mit anderen Worten beschrieb Merkel die sogenannte Klimabewegung als Instrument der hybriden Kriegführung: Der Begriff war damit in der Welt. Denn es handelt sich um einen Terminus, der in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist und die Vorstellungskraft des Normalbürgers übersteigt. Bei Kriegen denkt der Durchschnittsmensch (und auch der Durchschnittspolitiker) nun mal an Bomben und Panzer, und ihre Abwesenheit verwechselt er mit Frieden. Woran er nicht denkt, ist ein ganzes Bündel von propagandistischen, psychologischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die ein Land sogar noch nachhaltiger zerstören können als jeder Bombenteppich:

"Die traditionellen Begriffe von regulär und irregulär oder von konventionell und unkonventionell haben ihre bisherige Trennschärfe verloren", schreibt der Oberst im Generalstab, Uwe Hartmann, in seinem Buch

"Hybrider Krieg als neue Bedrohung für Freiheit und Frieden" (Berlin 2015): "Der Begriff der hybriden Kriegsführung dagegen hilft, das Kriegsgeschehen ganzheitlicher zu verstehen.

Er beugt verengten Vorstellungen über künftige Kriege und zu einfachen Kriegsbildern vor, weitet den Blick und macht den Weg frei für eine schöpferische Antwort auf neue Bedrohungen" (S. 15).

Der hybride Krieg sei eine "neue Bedrohung von Freiheit und Frieden" und zeichne sich "durch die kreative, den Gegner überraschende Kombination unterschiedlichster Mittel und Wege aus". Er ziele "nicht vorrangig auf die Zerschlagung gegnerischer Streitkräfte, sondern auf die Destabilisierung staatlicher Strukturen und gesellschaftlicher Institutionen sowie die Schwächung des nationalen Zusammenhalts in einem Land".

Also exakt das, was wir derzeit in Deutschland und anderen Ländern Europas erleben. Die hybride Kriegsführung verfolge "die Erosion von Staatlichkeit durch Instabilität der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage sowie durch De-Legitimation von Regierung und Eliten" (S. 19). Da der momentan laufende Dritte Weltkrieg hybrid geführt wird, ist er für das Publikum, aber selbst für Politiker und Militärs, eigentlich kaum durchschaubar.

Von "hybrider Kriegsführung" zu sprechen, war von Merkel deshalb schon ein Sakrileg an sich, lüftete es doch ein wenig den Vorhang zwischen dem Normalbürger und den globalen Eliten - insbesondere den strategischen Eliten.

Universeller Krieg gegen Deutschland und Europa

"Für die sonst so bedachte Kanzlerin Angela Merkel war das ein bemerkenswerter Fehler", rügte denn auch Spiegel Online (24.02.2019) die Merkel'schen Worte. Allerdings:

Was, wenn sich der Gedanke der "hybriden Kriegsführung" verselbstständigen und von der Verknüpfung mit Rußland ablösen würde? Kaum auszudenken! Denn in Wirklichkeit ist der hybride Krieg real; er ist nicht nur ein versteckter Krieg, sondern auch ein universaler Krieg,

der in allen Bereichen eines Staates und einer Gesellschaft tobt - um nicht zu sagen: ein "totaler Krieg". Und geführt wird er nicht zuletzt von niemand Geringerem als der deutschen Bundeskanzlerin selbst. Unter ihrer Regierung gab und gibt es Angriffe auf die Geburtenraten, die Wirtschaft, die Autoindustrie, die Luftfahrtbranche, die Energieversorgung, die Landwirtschaft, die Bildung, die Kultur, die Bundeswehr, das Recht, die freie Meinungsäußerung und nicht zuletzt auf die deutschen Grenzen und damit die Integrität des Staatswesens.

Um einen Feind zu vernichten, zielt der hybride Krieg nun mal auf alles: Fortpflanzung, Finanzen, Währung, Volkswirtschaft, Energieversorgung, Verkehr, Bildung, Verteidigung, Grenzen, Gesundheit - und auf der psychologischen Ebene auf Identität, Nationalbewußtsein und vieles andere mehr.

Denn wie man nach dem Zweiten Weltkrieg gesehen hat, können ja selbst massivste Bombenteppiche ein Land und ein Volk nicht unbedingt auf Dauer zerstören. Zynisch betrachtet kann eine Nation unter günstigen Bedingungen dabei sogar erneuert und neu belebt werden wie ein Wald nach einem Waldbrand.

Nicht zufällig schossen nach dem Krieg in vielen Industrieländern auch die Geburtenraten in die Höhe ("Baby Boom"), bis der "Pillenknick" und viele weitere Geburtenkontrollprogramme dem ein Ende bereiteten (Abtreibung etc.).

Aber nicht nur das: Deutschland erlebte einen nie dagewesenen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Boom. Siemens-Kernkraftwerke versorgten das Land mit bezahlbarer Energie, mit einer Wiederaufbereitungsanlage versuchte Deutschland einen geschlossenen Brennstoff-kreislauf mit weniger Atommüll zu schaffen, die Magnetschwebebahn Transrapid versprach das Verkehrssystem zu revolutionieren, am Finanzplatz Frankfurt stieg die Deutsche Bank zum Global Player auf, und das dreigliedrige Schulsystem, Berufsausbildung und Universitäten versorgten den boomenden Industrie- und Wissenschaftsstandort jederzeit mit einem exzellent (aus-)gebildeten Nachwuchs. Innerhalb kürzester Zeit wurde Deutschland zu einer der führenden Industrienationen des Planeten und zu einem der wichtigsten Motoren der wissenschaftlich-technischen Zivilisation.

Konjunkturprogramm Wiederaufbau

Der Wiederaufbau nach einem konventionellen Krieg kann eben wie ein gewaltiges Konjunkturprogramm wirken - und zwar dann, wenn grundlegende Strukturen intakt bleiben, im Falle einer Nation Mentalität, Identität, Bildung, Intelligenz, Kultur und die Gesellschaftsstruktur. Sowohl gesunde Individuen als auch Nationen verfügen über ein Ich, eine Identität und Interessen. Nur wer ein Ich, also ein "Selbst-Bewußtsein", besitzt, kann auch eine Identität ausbilden und Interessen formulieren.

Eines der ersten Dinge, deren sich ein Kind bewußt wird, ist zum Beispiel, ob es ein Junge oder ein Mädchen ist. Schon dieses erste und ursprünglichste Selbstbewußtsein wird jedoch angegriffen und ins Wanken gebracht, indem man Kinder in Kitas beispielsweise zu "geschlechtsfremden" Aktionen animiert, wie etwa Jungs, sich die Fingernägel zu lackieren. Die Geschlechtsidentität ist jedoch der Kern der Identität, noch vor der nationalen Identität. Wenn man die Geschlechter und damit ihre Identität abschafft, schafft man jede andere Identität auch ab - einschließlich der familiären und der nationalen Identität.

Sobald man ein Individuum so sehr verwirrt, daß es nicht einmal mehr weiß, ob es Männlein oder Weiblein ist, kann es erst recht nicht mehr wissen, ob es Deutscher, EU-Bürger oder Weltbürger ist, und so ist es jedem äußeren Angriff hilflos ausgeliefert. Jüngstes Beispiel für diesen Versuch ist Heidi Klums Transen-Show "Queen of Drags", die im November 2019 auf Pro7 Premiere hatte - ein massiver Angriff auf die Geschlechtsidentität, die das Geschlecht bis zur Unkenntlichkeit verzerrt.

Deutschland ist nicht nur wegen der Sabotage an der Bundeswehr wehrlos, sondern vor allem wegen seiner zerstörten inneren Verfassung. Durch den jahrzehntelangen Schuldkult wurde das Selbstbewußtsein dieser Nation in Selbsthaß verwandelt, und jeder einzelne wurde so zum

geistigen Komplizen des hybriden Krieges gegen Deutschland. Nur wenn sich Deutschland auf sich und seine Identität zurückbesinnen könnte, könnte es all diese Schäden vielleicht wieder beheben.

Sabotage an Staat und Gesellschaft

Ein wirklich wirksamer Krieg kann daher auf Bombenteppiche verzichten, um statt dessen zentrale soziologische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Strukturen anzugreifen - zum Beispiel mit Verblödung. Alles andere erledigt sich dann von selbst, weil die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Prozesse dysfunktional werden (siehe "Klimaforschung"):

Wenn der Geist kollabiert, kollabiert früher oder später auch alles andere. Wenn ein Mensch schwer geisteskrank wird, kann er auch nicht mehr für sich selbst sorgen. Daß ausgerechnet Angela Merkel den Begriff "hybride Kriegsführung" gegen Deutschland "leakte", ist, genau wie Spiegel Online das charakterisierte, aus der Perspektive der globalen Eliten eine einmalige Fehlleistung. Denn in Wirklichkeit führt Merkel diesen Krieg selbst an vorderster Frontals Werkzeug der strategischen Eliten.

Die "Energiewende", die "Verkehrswende", die Elektromobilität (die in Wirklichkeit eine Immobilität ist), der CO2-Wahn und die Masseneinwanderung sind nur einige wenige Beispiele für Angela Merkels maoistische Sabotage an Staat und Gesellschaft. Daß diese katastrophalen Fehlleistungen auf Unvermögen oder Irrtümern beruhen, kann wohl ausgeschlossen werden.

Der perfideste Krieg von allen

Der hybride Krieg ist die effektivste und perfideste Form des Krieges überhaupt: "Ziel der Angreifer ist es, nicht nur Schaden anzurichten, sondern insbesondere Gesellschaften zu destabilisieren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen", heißt es sogar auf der Website des Bundesverteidigungsministeriums.

"Offene pluralistische und demokratische Gesellschaften bieten hierfür viele Angriffsflächen und sind somit leicht verwundbar" Und zwar, weil "offen" in diesem Fall nicht weltoffen bedeutet, sondern aufgerissen und schutzlos. Genau deshalb betreiben Geostrategen wie der berüchtigte Milliardär George Soros auch Stiftungen wie die "Open Society-Foundation", die nichts anderes zum Ziel hat, als den Schutz und die Grenzen von Staaten und Gesellschaften zu penetrieren und abzubauen und Revolutionen und Umstürze zu organisieren. Soros ist daher auch als einer der obersten Kriegsherren der Hybriden Kriegsführung anzusehen.

Hybrider Völkermord

Stellen Sie sich vor, auf einer großen Ebene stehen sich zwei Armeen mit Panzern, Geschützen und Gewehren gegenüber, wobei eine Seite plötzlich zu schießen beginnt - schon haben wir offensichtlich einen Angriffskrieg.

Aber was ist, wenn in einem Land plötzlich beide Elternteile arbeiten müssen, Kinder als Ballast betrachtet werden und daraufhin die Geburtenraten fallen? Wenn zusätzlich unfruchtbare Lebenskonzepte "in Mode kommen" wie Homosexualität, Transgender und Geschlechtsumwandlung? Wenn zur Behebung des dann auftretenden "Fachkräftemangels" nicht etwa Nachwuchs propagiert wird, sondern Zuwanderung? Ist das eine spontane gesellschaftliche Entwicklung oder ein Schlachtfeld des hybriden Krieges? Das Ergebnis ist schließlich dasselbe wie bei einem konventionellen Krieg: Die Bevölkerung des Feindes wird dezimiert. Und wenn dies eine gezielte Strategie ist, dann sprechen wir hier von Völkermord.

Denn als Völkermord im Sinne der UN-Völkermordkonvention gelten alle Handlungen, "die sich gegen nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen mit der Absicht richten, diese ganz oder teilweise zu vernichten". Dazu zählen auch die "vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen; Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind. Da dieser Völkermord als hybrider Krieg geführt wird,

hofft man, daß er nicht als solcher erkannt wird und damit weder auf Gegenwehr stößt, noch in den Geschichtsbüchern stehen wird. Das Ganze soll einfach als "natürliche Entwicklung" erscheinen ("Demographischer Wandel").

Sabotage der Verteidigung

Oder nehmen wir nach den Geburtenraten die Streitkräfte eines Landes: Was ist, wenn auch hier der "Nachwuchs" fehlt, die Wehrpflicht abgeschafft wird und das Militär kein Personal mehr bekommt, für Panzer, Hubschrauber und Flugzeuge keine Ersatzteile mehr da sind, durch die Rekrutierung von Frauen die körperliche Leistungsfähigkeit der Truppe fällt, erst recht, wenn sogar Schwangere Dienst tun sollen, die Verteidigungsministerin Abermilliarden wertvoller finanzieller Ressourcen verpulvert, unter anderem für dubiose Beraterdienste, gleichzeitig die nationale Identität zerstört wird, die Soldaten (und die Soldatinnen, natürlich) also gar nicht mehr wissen, WOFÜR sie eigentlich kämpfen sollen?

Wird diese Armee dann nicht irgendwann genausowenig einsatzbereit sein wie eine Armee, die soeben vom Feind zerschossen wurde? Und ob. Zwar dauert das Ganze viel länger, da all diese Maßnahmen aber scheinbar vernünftig begründet, über Jahrzehnte kultiviert und tradiert werden, sind sie auch viel nachhaltiger, und es gibt viel weniger Gegenwehr als bei einem offensichtlichen konventionellen Angriff. Man tut sich ja schon schwer, diesen Krieg überhaupt zu erkennen.

Denn merke: Der beste Krieg ist derjenige, der gar nicht bemerkt wird, so daß man sich nicht wehren kann.

Und der schlimmste Feind ist derjenige, der ebenfalls nicht als solcher erkannt, sondern vielleicht sogar noch als Freund betrachtet wird. Nehmen wir beispielsweise die Europäische Union: Regelmäßig treffen sich Europäischer Rat und Ministerrat zu freundschaftlichen Konferenzen, ein Küßchen hier und eine Umarmung da. Hinter dieser Fassade tobt freilich ein Kampf jedes gegen jeden und aller gegen die Bevölkerungen.

Ein multidimensionales Schach

Sich gegen einen geschickt geführten hybriden Feldzug zur Wehr zu setzen, ist denn auch sehr schwierig: Hybride Kriegführung sei der Versuch, "politische Ziele zu erreichen, indem eine Vielzahl von unterschiedlichen, aber synchronisierten legalen wie auch illegalen Mitteln und Wegen oftmals verdeckt und überraschend eingesetzt werden", so Hartmann (S. 23). Streitkräfte kämen, wenn überhaupt, erst zum Einsatz, "wenn die Situation reif" sei (S. 24). Das Ganze gleicht einem multidimensionalen Schachspiel, das jedoch nie offiziell eröffnet wird. So kann es geschehen, daß ein Land bereits seit Jahren in einem solchen Schachspiel steckt, ohne es überhaupt zu wissen und auch nur einen einzigen Gegenzug gemacht zu haben. Denn:

- Wie soll man einen hybriden Angriff überhaupt von einer spontanen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen oder psychologischen Entwicklung unterscheiden?
- Wie soll man den Angreifer identifizieren?
- Wo hat er welche negativen Entwicklungen ausgelöst, und auf welche Weise?
- Geschah dies wirklich in feindlicher Absicht oder zum Beispiel nur in Verfolgung legitimer wirtschaftlicher Partikularinteressen?
- Hat der mutmaßliche Angreifer nur eine Entwicklung ausgelöst oder ein ganzes Bündel (= hybrider Krieg)?
- Geht dieses Bündel negativer Entwicklungen auf ein ganz bestimmtes Machtzentrum, zum Beispiel ein anderes Land, zurück?
- Wie soll man einen Angreifer, der selbstverständlich alles abstreiten wird, beschuldigen, ohne selbst einen womöglich konventionellen Kriegsgrund zu liefern?
- Wie soll man einen Angreifer bekämpfen, der sich selbst als absolut friedliebend und die Beschuldigungen als böswillig und paranoid darstellen wird?
- Wie soll man einen noch wirksameren hybriden Krieg entwickeln, aus dem die Gegenseite

keinen Grund für einen (auch konventionellen) Gegenschlag entwickeln kann?

Eine ungeheure intellektuelle Herausforderung

"Die Analyse der hybriden Kriegsführung eines potentiellen Gegners ist daher alles andere als trivial", schreibt Oberst Hartmann in seinem Buch. "Sie setzt eine Auseinandersetzung mit den eigenen Defiziten und Brüchen in der Gesellschaft voraus. Denn diese wird ein potentieller Gegner in sein Kalkül einbeziehen; dort wird er seine Angriffe mit hoher Wahrscheinlichkeit ansetzen" (S. 21). Hybride Kriege seien "eine ungeheure intellektuelle Herausforderung. Ihre Komplexität muß ganzheitlich verstanden werden".

Jede Seite werde versuchen, "die Komplexität so weit zu erhöhen, daß sie für den jeweiligen Gegner unbeherrschbar wird, während die eigene Seite noch denk - und handlungsfähig bleibt" (S. 50). Die allermeisten Bürger, Politiker und Militärs dürften damit wohl heillos überfordert sein. "Politiker stehen ebenso wie sicherheitspolitische Experten und militärische Berater vor dem Problem, die Komplexität der Geschehnisse zu begreifen".

Ist das noch Frieden oder schon Krieg?

Gegenwehr gegen einen geschickt geführten hybriden Angriff ist daher äußerst schwierig. Ja, nicht einmal in den Geschichtsbüchern wird er stehen, weil ihn nämlich niemand erkannt und benannt hat: "Das Besondere an der hybriden Kriegsführung ist die Verschleierungstaktik", schreibt das (wehr- und vaterlandslose) Bundesverteidigungsministerium: "Die Täter operieren entweder anonym oder bestreiten Beteiligungen an Vorfällen und Konflikten. Sie gehen dabei äußerst kreativ und koordiniert vor, ohne die Schwelle zu einem offiziellen Krieg zu überschreiten. Eben dies macht die Abwehr solcher Attacken so schwierig: Wenn es keinen eindeutigen Angriff oder Angreifer gibt, fällt die Gegenwehr schwer. Unberechenbarkeit wird zur Waffe.

Sind wir noch im Frieden, oder befinden wir uns schon im Krieg?" Tja, das ist eine gute Frage. Diese Ausgabe der ExpressZeitung wird Ihnen eine eindeutige Antwort darauf geben und belegen, daß der Dritte Weltkrieg längst begonnen hat - ein Krieg gegen die westliche Zivilisation und ihre führenden Nationen.<<